

Börsenexperte beweist, dass längst offiziell über „Umvolkung“ und lange Lebensarbeitszeit für Deutsche bis 75 Jahre gesprochen wurde.

Deutschlands Demographie 2040: „Migranten 2015“ werden sechzehn Millionen Menschen sein

von Axel Retz, Gastautor

[Veröffentlicht am 26.02.2017 von EpochTimes](#)

- Börsenexperte **Axel Retz** erteilt den Parteien Matheunterricht: Er beweist, dass längst offiziell gesprochen wurde über „Umvolkung“ und **Lebensarbeitszeit für Deutsche bis 75 Jahre**. Zu den Gefahren der Islamisierung gesellt sich **Draghis** riskantes Spiel mit unserem Geld.

Viele von Ihnen werden die alte Parabel kennen, der zu Folge ein König einem Getreuen aus Dankbarkeit einmal die Erfüllung eines Wunsches anbot. Der Getreue bat den König, einen Cent auf das erste Feld eines Schachbrettes zu legen, zwei Cent auf das zweite Feld, vier Cent auf das dritte, acht Cent auf das vierte, 16 Cent auf das fünfte usw., also die Anzahl der Centmünzen von Feld zu Feld zu verdoppeln, bis alle 64



Flüchtlinge bedanken sich bei Kanzlerin Merkel.
Foto: Sean Gallup/Getty Images

Felder des Schachbrettes besetzt wären und ihm diese Summe dann auszuhändigen.

Der König, dessen Rechenkünste ihn heute für den Posten eines Notenbankchefs oder eines Finanzministers prädestinieren würden, staunte gleich zweimal. Zuerst ob der vermeintlichen Bescheidenheit seines Untertanen – und dann nach der Gewährung des Wunsches.

Denn mathematisch haben es hier mit einer Exponentialfunktion (2^{n-1} mit $n=1, 2, 3, \dots, 64$) zu tun. Da jeder Taschenrechner da an seine Grenzen stößt, hier die Summe, die der König seinem Getreuen auszuhändigen gehabt hatte: 184 Trillionen, 467 Billionen, 440 Milliarden, 737 Millionen und 96.000 Euro (nicht Cent)! Wenn unser König nicht über eine adäquate *Müllerstochter* nebst dienstbarem [Rumpelstilzchen](#) verfügte, musste er da vermutlich einmal kurz sein Konto überziehen.

Mathe für Dummies

Die Bundesregierung legte Anfang des Monats ihre neue „Demografie-Bilanz“ vor. In dieser von ihr als optimistisch empfundenen Studie gelangte sie zu der Erkenntnis, dass die Einwohnerzahl der Republik bis 2060 nicht (wie in sgn. *worst case*-Szenarien angenommen) von aktuell rund 82 Millionen auf dann 67,7 Millionen Menschen sinken, sondern stattdessen stabil bleiben werde, wobei zu Grunde gelegt wurde, dass ggf. auch [mehr als 300.000 neue Migranten pro Jahr zu uns kommen könnten](#).

Nun ja, auch da hapert es ein wenig mit den Rechenkünsten. Gehen wir einmal von den angeblich nur rund eine Million Zuwanderern in 2015 aus und lassen wir die Dunkelziffer nicht registrierter Migranten außen vor. Sehen wir uns also nur *dieses einzige Jahr* an, nicht all die Jahre, die bis 2060 noch folgen werden. Im März 2018 und damit aus gutem Grund erst nach der Bundestagswahl im kommenden September wird dann der Nachzug von Familienangehörigen freigegeben – was defensiv geschätzt drei bis vier Menschen pro bereits angekommenen Migranten sein werden. **Statistisch erfasst werden diese Neuankömmlinge im Bundesamt für Migration und Zuwanderer nicht mehr, weswegen offiziell auch immer mit viel niedrigeren Zahlen operiert werden wird.**

Aber:

Aus der einen Million von Migranten eines einzigen Jahres (2015) werden dann bis 2018 drei bis vier Millionen geworden sein. Und rechnet man einmal die normale statistische, deutlich über der der „indigenen“ Bevölkerung Deutschland liegende Reproduktionsrate der Zuwanderer ein, dürften bis 2040 allein aus dem Kontingent der Migranten von 2015 zwölf bis sechzehn Millionen Menschen geworden sein. Für 2060 dürfen Sie selbst mal rechnen. ...

Aber nach 2015 kam 2016, jetzt 2017 und danach folgen bis 2060 noch 43 Jahre. Afrika wird, ich schrieb es Ihnen schon seit langem, dabei eine erheblich größere Rolle spielen, da Europa hier lieber in Waffenexporte statt in Hilfe zur Selbsthilfe investiert. Rund sechs Millionen Afrikaner, so die Zahlen von FRONTEX, warten derzeit darauf, in diesem Jahr nach Europa zu gelangen. Wobei klar sein dürfte, was mit „Europa“ gemeint ist.

Auch die Türkei war einmal zu fast 100 Prozent christlich ...

Deutschland wird dank Frau Merkel und den von Gedanken an die Unterwerfung und die Selbstausrottung trunkenen Fanatikern der „DIE GRÜNEN“ und „DIE LINKE“ (nicht Frau Dr. Wagenknecht und Oskar Lafontaine), der SPD und auch der beiden großen Kirchen, die sich aus mir nicht erkennbarem Grund nichts sehnlicher wünschen, als endlich für Deutschlands dunkelste Jahre zwischen 1933 und 1945 büßen zu dürfen, nach vorbeschriebenem Schachbrett-Beispiel selbst bei allerdefensivster Berechnung zwangsläufig islamisch werden, falls diese Politik Fortbestand hat.

Natürlich ließe sich einwenden, dass ein vom Christentum geprägtes Land wie Deutschland unmöglich islamisiert werden könne. Dabei wird übersehen, dass es Länder gibt, deren Bevölkerung einmal zu fast 100 Prozent dem christlichen Glauben angehörte, heute aber nur noch 0,2 Prozent Christen beheimatet und so gut wie komplett vom Islam beherrscht wird. Wie beispielsweise die Türkei.

Gewiss: Nicht asylberechtigte Zuwanderer werden auch abgeschoben, wie Politik und Medien immer wieder vollmundig berichten. Verschwiegen wird, dass es sich hierbei um reine Symbolpolitik handelt.

In den vergangenen beiden Monaten starteten zwei Flieger mit je 50 ausgewiesenen Zuwanderern nach Afghanistan. In dieser Woche folgte ein dritter Flieger, in dem statt der vorgesehenen 50 Passagiere aber lediglich 18 saßen. Der Rest, teilweise verurteilte Straftäter, war zuvor einfach untergetaucht. Das ist Deutschland 2017.

Martin Schulz – die neue SPD- Lichtgestalt?

Und auch mit der neuen SPD- Lichtgestalt Martin Schulz, der das, was die Flüchtlinge bringen, [für wertvoller als Gold hält](#), wird sich daran nichts ändern.

Wertvoller als Gold, lieber Herr Schulz, ist jedes Menschenleben. Aber diejenigen, die regelrecht und durchaus erfolgreich danach gieren, den Deutschen endlich ihre so lange vernachlässigte Kollektivschuld nahezubringen und sie zur Unterwerfung unter den Islam zu bewegen, darf ich einmal einige Fragen stellen:

1. Das Dritte Reich hat Millionen von Juden umgebracht. Dass das nicht so war, glauben nur Realitätsverweigerer. Warum aber forciert die Bundesregierung dann den Zuzug ausgerechnet von Moslems, die Juden (und Christen) und andere „Ungläubige“ nach dem Koran dezidiert zum Töten freigeben?
2. Das Toleranz-Geschwätz und seine bis hoch in die EU hineinreichend aufgebauten, sanktionsbewehrten Geschütze bleiben mir die Antwort auf eine Frage schuldig: Es ist ja gut und schön und nach dem GG auch rechtens, dass wir zu akzeptieren haben, was jeder aus seinem Leben machen will. Genauso sollte es sein. **Aber warum in aller Welt glauben diese Toleranzapostel, uns diktieren zu können, dass wir zu respektieren haben, was sie aus unserem Leben machen wollen?**
3. Die vor allem von Vertretern der „DIE GRÜNEN“ stillschweigend argumentativ instrumentalisierte Idee einer „genetischen Kollektivschuld“ der Deutschen, die es nun endlich abzutragen gilt, ist mehr als abstrus. Wer ernsthaft der Ansicht ist, für die Taten anderer verantwortlich zu sein, etwa die seiner Eltern oder Großeltern, mag sich einen Strick nehmen, aber nicht die in den Untergang zu reißen versuchen, die sich zwar sehr bewusst sind, was ihre Vorfahren angerichtet habe, aber gerade deswegen einen ganz anderen Weg als sie gehen wollen.

Warum richten sich diese Menschen nicht selbst? Eine Kollektivschuld gibt es nicht, jede Straftat ist eine sehr persönliche, individuelle. Ihre morgen geborene Tochter oder Enkelin, Ihr lieben „DIE GRÜNEN“, hat sie auch zu haften und zu büßen für das, was Ur- oder Ur-Ur-Opa taten?

4. Einmal mehr zu „unserer freien Art zu leben“: Die nun auf ihren Höhepunkt zusteuernenden Faschings- bzw. Karnevalsaktivitäten werden durch querstehende LKW, Betonpylone und ein Großaufgebot teils mit Maschinenpistolen bewaffneter Polizisten geschützt. Immer mehr Menschen, insbesondere Frauen vor allem in größeren Städten, überlegen sich mittlerweile sehr genau, ob sie abends noch vor die Türe gehen können oder sorglos um ihr Hab und Gut in Urlaub fahren können. Ist das normal?

Zum Normalzustand mit Kampfsporttraining für Migranten?

Der Präsident des Verfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen, hat am Mittwoch dieser Woche ausgeführt: „Wir müssen anerkennen, dass wir [in einer Lage leben, und nicht mehr in einem Normalzustand](#).“

Wir leben also neuerdings in einer „Lage“, meint Herr Maaßen, dessen erste Aufgabe als oberster Verfassungsschützer es wäre, den von ihm selbst zitierten

„Normalzustand“ zu garantieren und für ihn mit Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten Sorge zu tragen.

Da erscheint mir dieses Projekt hier besonders erwähnenswert:

❖ [„Bundesregierung sponsort Kampfsportausbildung für Flüchtlinge in Sachsen-Anhalt“](#). Starten sollte es am Samstag, 25. Februar.

Aus Steuermitteln gesponserte Kampfsportausbildungen für Frauen und Mädchen könnte ich mittlerweile sehr gut nachvollziehen, aber für Migranten? Da passt es wie die Faust aufs Auge, dass der Berliner CDU-Politiker Kai Wegner am Freitag konstatierte, dass „ein Überschuss an Männern eine Gesellschaft aus dem Gleichgewicht bringen könne. [...] Wenn eine große Anzahl von Männern partnerlos ist, könne dies zu Frustration und aggressivem Verhalten führen.“ Eine zwar richtige, aber ausgesprochen spät kommende Erkenntnis.

Aber der Staat nimmt nun (Steuer-)Geld in die Hand, um die jungen Männer im Kampfsport auszubilden anstatt dafür Sorge zu tragen, die Grenzen zu sichern, die wirklichen Ursachen der Massenmigration abzustellen, die immer länger (aktuell im Durchschnitt 17 Monate) dauernden Asylverfahren zu beschleunigen und bei straffälligen Zuwanderern rigoros durchzugreifen.

Mohammed seit 2009 häufigster Name von in der EU neugeborenen Jungen

Die Frage, die sich stellt ist, ob die Mehrheit der Deutschen die schleichende und neben der Zuwanderung vor allem in den Kreißsälen ins Leben gerufene Islamisierung will oder nicht. Aber die Allermeisten sind sich des auch mathematisch abbildbaren Problems gar nicht bewusst oder vertrauen auf das rheinische Grundgesetz „Et hätt noch emmer joot jejange“.

Nur: Gefragt werden wir nicht, ob und was wir wollen. Stattdessen werden die, die etwa eine derartige Volksbefragung wünschen, als Feinde der Demokratie, Rassisten oder Fremdenfeinde verunglimpft.

In Großbritannien ist Mohammed schon seit 2009 der häufigste Name neugeborener Jungen. In der „EU-Hauptstadt“ Brüssel, in Mailand, Marseille, Amsterdam und Oslo bereits seit 2006. Und seit 2010 hat es der Name des Propheten auf Platz 1 in der gesamten EU geschafft. [Mehr dazu HIER](#).

Zu glauben, dass der aus der Nazi-Zeit stammende und heute bei Verwendung fast zwangsläufig unter Strafandrohung gestellte Begriff der geplanten „Umvölkung“ (replacement migration) nicht ins Schwarze trifft, ist allerdings irrig. Denn auch die Vereinten Nationen (UN) haben diesen Plan längst in der Tasche. Nachzulesen hier: <http://www.un.org/esa/population/publications/migration/migration.htm>

„Ohne Moos nichts los“

Fakt ist, dass dieser schöne Plan irgendwie finanziert werden muss. Die ursprüngliche Idee, „denen, die schon länger hier leben“ (Kanzlerin Frau Dr. Merkel) die Zuwanderer als dringend benötigte Facharbeiter zu verkaufen, ist angesichts des nun erkennbar gewordenen Bildungsstands der Migranten stillschweigend ad acta gelegt worden.

Dank zunehmender Digitalisierung/Computerisierung und Roboterisierung der Arbeitswelt wird es weltweit künftig weniger Arbeitsplätze geben. Auch bei uns.

Die neue UN-Doktrin lautet also, dem Demographie-bedingten Aussterben von Populationen entgegen zu wirken, um die Bevölkerung der betroffenen Staaten (s. Link oben) stabil zu halten.

Warum und vor allem aber wie könnte ein Land mit im internationalen Wettbewerb sinkenden Beschäftigungszahlen und Jobs, die vom Steuerzahler durchgefüttert werden müssen, noch mehr reine Kostgänger aufnehmen? Vor allem aber: Wer soll das bezahlen? Die UN weiß es. Denn in ihrem Plan findet sich auch die schöne Idee, dass die Deutschen bis 72 oder gar 75 arbeiten sollen, ihre Verdrängung also selbst finanzieren.

Wer bläst zum Angriff auf alles „Deutsche“?

Leider ist es nicht so, dass derartig abstruse Ideen nur im Elfenbeinturm der Vereinten Nationen herumgeistern, Bündnis90/DIE GRÜNEN hat sich den Angriff auf alles „Deutsche“ klipp und klar auf die Fahnen geschrieben. Das glauben Sie nicht? Dann sollten Sie einmal [auf diesen Link klicken!](#)

Natürlich kommt einem spontan die Frage in den Sinn, ob der Verfassungsschutz hier nicht gefordert wäre. Denn wenn das, was wir da lesen, nicht unter Rassismus fällt, was fällt denn dann darunter?

Dass sich die Bundesregierung bemüht, das Thema Migration und seine Folgen so gut wie irgend möglich kleinzureden, ist angesichts der im September stattfindenden Bundestagswahlen gut nachvollziehbar. Aber wenn wir heute abseits der um weitestgehendes Totschweigen bemühten Medien einmal ins Nachbarland Frankreich blicken, dann sehen wir dort vermutlich eine Blaupause dessen, was auch hierzulande einmal Wirklichkeit werden könnte.

Selbstverständlich muss man auf der Hut sein, hier keinen „Fake-News“ aufzusitzen oder ihnen auch noch den publizistischen Teppich auszurollen, aber die Ausschreitungen vor allem in den von Arbeitslosigkeit, einem hohen Immigrantenteil, Verwahrlosung und Gewalt geprägten Banlieus sind auf dem besten Weg, wieder Zustände wie 2005 hervorzurufen. Einen „unverdächtigen“ Beitrag dazu finden Sie [HIER auf der Seite der Bundeszentrale für politische Bildung](#).

Eulen nach Athen tragen – eine weitere Rechenaufgabe

γλαῦκας εἰς Ἀθήνας κομίζειν – ich habe einmal (freiwillig, nicht in der Schule) Altgriechisch gelernt – bezieht sich auf das Symbol der mythologischen Gestalt der Göttin Athene, der Schutzgöttin Athens. Bis zur Einführung des Euros war auf der Rückseite der Drachme eine Eule geprägt; heute ziert die Abbildung einer attischen Vier-Drachmen-Münze (vermutlich um 300 vor Christus entstanden) die griechische 1-Euro-Münze.

Die Redewendung „*Eulen nach Athen zu tragen*“, steht vermutlich für die unsinnige Idee, Geld ins damals reiche Athen bringen zu wollen.

Heute geht es wieder einmal um die Frage, wie lange die EU noch Euros nach Athen tragen will, um damit die künstlich am Leben erhaltene Gemeinschaftswährung vor dem Zerschlagen zu bewahren. Denn dass es dabei nicht um die „Rettung“ Griechenlands geht, hat sich mittlerweile herumgesprochen.

Um das Unausweichliche so lange wie möglich hinauszuzögern, kauft die Europäische Zentralbank regelwidrig für rund 80 Milliarden Euro pro Monat Staatsanleihen und andere (Un-)Wertpapiere auf, die sie ihren Gläubigern als Sicherheit für deren Zahlungen benennt.

Während der „Club Med“ (Italien, Spanien, Griechenland und Portugal) bei diesen sgn. Target 2-Forderungen bei der EZB tief in der Kreide sitzt, hat Deutschland gegen die EZB eine durch „Müll“ abgesicherte Forderung von 796 Milliarden Euro (Stand Ende Januar 2017). Schlimmer sieht es nur noch in den Niederlanden aus, dessen Forderungen sich seit 2015 von 19 Mrd. Euro auf jetzt 87 Mrd. Euro fast verfünffacht haben.

Und die EZB? Sie hat ein offizielles Haftungskapital von elf Milliarden Euro, wird aber bis Ende d. J. 2,28 Billionen Euro an Anleihekäufen in den Büchern stehen haben.

Sollten Sie als Geschäftsmann/frau einmal versuchen, dieses Modell zu kopieren, würde der Staat für viele Jahre ihre Unterbringung und Verpflegung garantieren. Auch, wenn Sie nicht Mario heißen.

Mario Draghi: „Koste es, was es wolle“

Die Bombe, die hier tickt, ist keine kleine. Und dass die mit ihr verbundenen Risiken (Staatsbankrott der BRD und anderer Nord-EU-Länder) immer größer werden, liegt einzig und allein am Unvermögen der politischen Kaste, begangene Fehler eingestehen und sie frühzeitig korrigieren zu können. Was für die willfährige Unterstützung des militärisch-industriellen Komplexes der USA, die verquere Politik gegenüber Russland, die verfehlte Flüchtlingspolitik und eben auch den mit „koste es, was es wolle“ (Mario Draghi „whatever it takes“) am Leben erhaltenen Euro gilt.

Europa als Friedens und Wohlstandsgemeinschaft ist dabei, sich zu pulverisieren. All die Werte, auf die es sich immer so gerne bezieht, werden von ihm selbst mit Füßen getreten. Vor allem die Demokratie und die Meinungsfreiheit.

Ein Trennbankensystem im Sinne des [Glass-Steagall-Acts von 1932](#), die Einführung einer von mir bereits mehrfach skizzierten Mikrotransaktionssteuer und vor allem die Installation der direkten Demokratie nach Schweizer Vorbild (Volksbefragungen) könnten Abhilfe schaffen. Die Anwendung statt Beugung von Gesetzen ebenfalls.

PS. „*Nie dürft ihr so tief sinken, von dem Kakao, durch den man euch zieht, auch noch zu trinken.*“ (Erich Kästner 1899 – 1974)

Axel Retz ist seit über 25 Jahren als Chefredakteur von Börsenmagazinen und Börsendiensten tätig und betreibt die Portale www.private-profits.de und www.moneyversum.de

Dieser Beitrag stellt ausschließlich die Meinung des Verfassers dar. Er muss nicht zwangsläufig die Meinung des Epoch Times Verlags oder die Meinung anderer Autoren dieser Seiten wiedergeben.

Hierzu auch von Axel Retz:

[Die Menschen holen sich die Demokratie zurück: Ein hoffnungsvolles „Wort zum Sonntag“](#)

Am 19. September 2015 erschien auf EPOCH TIMES ein viel beachteter Offener Brief von Axel Retz:

[Dringende Aufforderung zum eigenen Denken: Über den inneren und den äußeren Frieden](#)